# NRVV SPD

# 

### Herausgeber Frank Ulrich Wessel SPD-Landesverband NRW Kavalleriestraße 16 40213 Düsseldorf

Redaktion Susanna Weineck

Email vorwaerts@nrwspd.de Internet www.nrwspd.de

# VOLVAITS Nordrhein-Westfalen

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Entscheidung von Matthias Platzeck, den Parteivorsitz der SPD niederzulegen, wird auch viele von euch traurig gestimmt haben. Matthias Platzeck hat mit seinem kommunikativen Stil viel Zuspruch in der Partei und in der Bevölkerung erfahren. Um so mehr bedauern wir, dass gesundheitliche Gründe ihn zwingen, sein Ehrenamt abzugeben.

Wir respektieren die Entscheidung von Matthias Platzeck. Die Gesundheit ist ein hohes Gut. Man sollte sie nicht aufs Spiel setzen. Wir danken Matthias Platzeck für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er wird eine gewichtige Stimme in der SPD bleiben.

Auf einem Sonderparteitag am 14. Mai soll Kurt Beck zum neuen Parteivorsitzenden gewählt werden. Die NRWSPD unterstützt diese Nominierung ausdrücklich. Kurt Beck wird die von Matthias Platzeck vorangetriebene programmatische Erneurung fortführen. Und ähnlich wie Matthias Platzeck ist auch Kurt Beck ein Teamspieler. Kurt Beck hat durch seinen Wahlsieg im März gezeigt, dass er das Vertrauen der Menschen genießt. Wir sind sicher, dass er mit unserer Unterstützung ein erfolgreicher Parteivorsitzender sein wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf unserem Parteitag in Bochum haben wir einen neuen Vorstand gewählt und sind auf dem Weg zu einer inhaltlichen Erneuerung der Partei weiter vorangekommen. Mich hat vor allem beeindruckt, wie stark sich die SPD in Nordrhein-Westfalen an der Erarbeitung neuer inhaltlicher Positionen beteiligt. Es gab



zahlreiche Anträge und Beschlüsse zu unterschiedlichsten politischen Themen. Die Partei ist motiviert: Nicht zuletzt aufgrund der verheerenden Politik der Landesregierung. Das stimmt mich optimistisch für die vor uns liegenden Monate, in denen wir unser Profil weiter schärfen werden.

Euer Jochen Dieckmann



Einer will Dampf machen, eine andere Politik spürbar machen. Neugier, Frust, Interesse an Integrationspolitik und die Lust Farbe zu bekennen sind ihre Motive, in die SPD einzutreten.

Und die Erwartungen der "Neuen" an die SPD sind hoch: Sie wünschen sich mehr soziales Engagement und Bürgernähe, Mitsprache in der Partei, sie wollen Transparenz in der Kommunalpoltik und fordern

neue Impulse in der Arbeitsmarkt-, Gesundheitsoder Sozialpolitik. Den Neumitgliedern der NRWSPD bot sich jetzt erstmals die Gelegenheit, im größeren Rahmen über ihre Beweggründe für den Parteieintritt zu berichten und dabei Lob und Kritik an der Partei zu äußern.

Nach drei schwierigen Jahren mit schmerzlichen Mitgliederverlusten konnte die nordrhein-westfälische

Landespartei allein im letzten Jahr mehr als 5.300 Neumitglieder gewinnen. Das Neumitgliedertreffen diente dazu, sie optimal über die Partei und die Möglichkeiten der Mitarbeit zu informieren. Wie wichtig der Partei ihre Neumitglieder sind, zeigte die Präsenz der Parteispitze: Neben dem Landesvorsitzenden Jochen Dieckmann, Generalsekretär Michael Groschek und Juso-Landeschef Alexander

Bercht nahmen die stellvertretenden Vorsitzenden Britta Altenkamp und Birgit Fischer teil. Sie führten die über 250 Neumitglieder in die programmatische Diskussion der NRWSPD ein.

Den überaus anregenden und diskussionsreichen Nachmittag rundeten einige Unermüdliche mit dem Besuch des Münsteraner Hafenviertels oder einem alternativen Stadtrundgang ab.

# Neues Vertrauen. Neue Chancen.

### Bochumer Landesparteitag bestätigt Jochen Dieckmann als Landesvorsitzenden im Amt

Mit Jochen Dieckmann an der Spitze entwickelt die NRWSPD die Grundlagen für neue Mehrheiten bei den Wahlen in den Jahren 2009 und 2010. In einem Leitantrag formuliert die Partei die inhaltlichen Schwerpunkte ihrer zukünftigen Politik und setzt sich klar von der schwarz-gelben Landesregierung ab.

Auf dem Bochumer Landesparteitag | wählten die 450 Delegierten Jochen Dieckmann erneut mit großer Mehrheit zum Landesvorsitzenden der NRWSPD. Dieckmann kündigte klare Alternativen zur "rückwärts gewandten und sozial rücksichtslosen Politik der gegenwärtigen Landesregierung" an.

Neu in der Riege seiner Stellvertreter-Innen ist – neben Birgit Fischer, Britta Altenkamp und Karsten Rudolph die ehemalige Schulministerin Ute Schäfer. Sie bringt die Fachkompetenz mit, die für die Schuldebatte in Nordrhein-Westfalen dringend erforderlich ist.

### Die beste Schule für NRW

Welch hoher Stellenwert der Bildungspolitik in der Landespartei zukommt, zeigte schon die Fülle der an den Parteitag gerichteten Anträge zum Thema Bildung. In ihnen wurde massive Kritik an der Schulpolitik der Landesregierung laut. Auf Ablehnung stoßen beispielsweise die Einführung von Studiengebühren, die geplante Aufhebung der Schulbezirke, die Einschränkung des Elternrechts bei der Wahl einer weiterführenden Schule und die Einführung von Kopfnoten.

Die NRWSPD werde sich, so Jochen Dieckmann, auf einem bildungspolitischen Parteitag im nächsten Jahr deutlich von der fragwürdigen Schulpolitik der Landesregierung distanzieren und eigene Vorstellungen formu-



Frisch gewählt: Der Vorsitzende Jochen Dieckmann (2. von links) mit Schatzmeister Norbert Römer (links), den vier StellvertreterInnen Britta Altenkamp, Karsten Rudolph, Birgit Fischer und Ute Schäfer sowie mit Generalsekretär Michael Groschek (v.l.n.r.)

In den nächsten Monaten wird die NRWSPD gemeinsam mit der Landtagsfraktion in einem breiten und offenen Diskussionsprozess ihr Konzept für "Die beste Schule für NRW" entwickeln - unter Einbeziehung interessierter und fachkundiger Menschen innerhalb und außerhalb der Partei. Bereits im November dieses Jahres wird ein Zukunftskonvent zum Thema Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen stattfinden. So müssen z.B. folgende Fragen geklärt werden: Welche Rolle und Bedeutung haben längere und gemeinsame Lernzeiten? Wie kann man ein Schulsystem so umbauen, dass es wissenschaftlichen Ergebnissen und internationalen Standards gerecht wird?

### **Aufruf zur Programmdebatte**

Die NRWSPD wird sich aktiv an der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms der Partei beteiligen. Der Landesparteitag hat alle Gliederungen der NRWSPD dazu aufgerufen, aktiv an der Debatte teilzunehmen.

Die fünf programmatischen Schwerpunkte der nordrhein-westfälischen Landespartei formuliert ein Beschluss:

- Die Aktualisierung sozialdemokratischer Grundwerte: Freiheit - Solidarität – Gerechtigkeit.
- Soziale Gerechtigkeit in Zeiten eines raschen Wandels.
- Bildungspolitik als Chancenpolitik.
- Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung.
- Staatliche Verantwortung bürgerschaftliches Engagement.

### **Gerechte Gesundheitsversorgung**

In einer Resolution formulierte der Parteitag die Vorstellungen der nord-

rhein-westfälischen SPD für eine gerechte, solidarische und nachhaltige Gesundheitsversorgung und -finanzierung. Grundlage bildet das Konzept der solidarischen Bürgerversicherung. Wichtigste Prinzipien dabei sind, dass "jeder und jede auch künftig im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung das erhalten soll, was medizinisch notwendig ist" und dass sich "alle Bürgerinnen und Bürger an der solidarischen Finanzierung der Gesundheitsfinanzierung beteiligen".

Einkommensunabhängige Kopfprämien, ein Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages und weitere Leistungsausgrenzungen lehnt die NRW SPD als unsolidarisch ab.

### Dialog mit Muslimen in Deutschland

Als Reaktion auf die auch in Deutschland sehr emotional geführte "Karikaturen-Debatte" ruft die NRWSPD in einer Resolution zum Dialog mit Muslimen auf. Voraussetzung für die erfolgreiche Integration und das Zusammenleben mit Menschen muslimischen Glaubens ist aus Sicht der Landespartei die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Religionen und Weltanschauungen.

Zu den Grundsätzen der Anerkennung gehört die Ächtung jeglichen Fundamentalismus, sei er politisch oder religiös motiviert, genauso aber auch der Erwerb sprachlicher Fähigkeiten, der die Verständigung mit der Mehrheitsgesellschaft ermöglicht.\* ■

\*Alle Beschlüsse des Landesparteitages, nicht nur die hier erwähnten, sind nachzulesen unter www.nrwspd.de.

Der Vorstand der SPD-Landtagsfraktion (v.l.n.r.): Birgit Fischer, Rainer Schmeltzer, Marc Jan Eumann, Hannelore Kraft, Axel Horstmann, Carina Gödecke, Gisela Walsken, Ralf Jäger, Ute Schäfer



Sozial gerecht – wirtschaftlich erfolgreich – fit für die Zukunft:

## Unser Kurs für NRW

In den nächsten Tagen jährt sich zum ersten Mal die Landtagswahl vom 22. Mai 2005. Das ist Anlass, einen Überblick über die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion und einen Ausblick auf die zukünftige Arbeit zu geben.

Die 74 Abgeordneten in unserer Fraktion haben sich in nur kurzer Zeit erfolgreich neu aufgestellt. Wir haben die Strukturen auf die Arbeit als größte Oppositionsfraktion ausgerichtet und begonnen, uns intensiv mit den Verbänden, Organisationen und Initiativen im Land, mit den Kommunen und mit der Partei vor Ort zu vernetzen.

### Attacke, Patentsicherung und Profilbildung

Konsequent setzen wir uns mit der unsozialen Politik der Landesregierung auseinander. Die Fraktion ist Garant dafür, dass das Thema Soziale Gerechtigkeit auf der Tagesordnung bleibt. Zugleich machen wir klar, wo Erfolge sozialdemokratischer Regierungspolitik weiter wirken und vor allem, wo die jetzige Regierung unsere Politik mit einem anderen Etikett fortsetzt. Wir stellen unsere sozialdemokratischen Konzepte der neoliberalen Politik von CDU und FDP gegenüber. Denn deren Politik führt dazu, dass es kälter wird in NRW. Hinzu kommt, dass die schwarz-gelbe Landesregierung eine Politik der Täuschung betreibt. Hinter blumigen Formulierungen verschleiert sie ihre marktradikalen Absichten.

Wir werden in den kommenden Wochen unser Profil systematisch schärfen. Ziel ist es, mit Blick auf 2009/2010 das Vertrauen der Menschen in unserem Land neu zu gewinnen. Dafür werden Konzepte benötigt, die auch Antworten auf die veränderte Situation in Nordrhein-Westfalen geben. Die Themen sind allen klar: Es geht darum,

wie der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft gesichert werden kann.

- wie das Land kinder- und familienfreundlicher werden kann,
- "die beste Schule für NRW" zu entwickeln.
- wie Politik und Wirtschaft den Arbeits- und Wirtschaftsstandort NRW voranbringen können und
- wie die zukünftige Umwelt- und Verbraucherpolitik gestaltet wer-

### Politik an der Seite der Kommunen

Die Landesregierung wälzt finanzielle Lasten konsequent auf die Kommunen ab. Das ist mit der SPD nicht zu machen. Wir wehren uns gemeinsam mit den Kommunen auch gegen die schwarz-gelben Pläne zur Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunalwahlge-

ANZEIGE -

In Abstimmung mit den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern organisieren wir an verantwortlicher Stelle den Widerstand gegen eine Beschränkung der wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten der Kommunen. Die Pläne zur Änderung des § 107 der GO sind Ausdruck des ideologischen Prinzips "Privat vor Staat". Ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation der Kommunen und die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger, sollen die kommunalen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt werden.

### Kinder, Jugend und Familie

Mit der Enquete-Kommission "Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen" haben wir ein zentrales Zukunftsthema auf die Agenda des Landtags gesetzt. Hier wollen wir Konzepte entwickeln, die Familien in Nordrhein-Westfalen verlässliche Rahmenbedingungen für die Verwirklichung ihrer Lebenspläne bieten. Modelle, die Männern und Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur ermöglichen, sondern erstrebenswert machen. Unser Ziel ist es, eine verlässliche Betreuungskette vom ersten bis zum 16. Lebensjahr zu entwickeln. Wir wollen außerdem einen besseren



Mit 74 Abgeordneten stellt die SPD in der aktuellen 14. Wahlperiode die größte Oppositionsfraktion im Düsseldorfer Landtag

Zugang zu Bildung ermöglichen und entsprechende Finanzierungsmodelle aufzeigen. Dafür konnten wir namhafte Wissenschaftler und Bildungsexperten gewinnen, die uns bei unserer Arbeit unterstützen.

Schon heute ist für uns klar: Mit Blick auf die Bedeutung der frühkindlichen Förderung muss der Bildungsauftrag des Kindergartens ausgeweitet werden. Gerade das letzte Jahr im Kindergarten ist entscheidend für die Herstellung gleicher und gerechter Startchancen. Hier müssen sprachliche Defizite behoben sowie soziale Benachteiligungen und ungleiche Startbedingungen ausgeglichen werden, damit in der Schule niemand wegen seines familiären und sozialen Hintergrundes gehandicapt ist. Aus diesem Grund fordert die SPD-Landtagsfraktion, dass der Besuch des letzten Kindergartenjahres verbindlich gemacht wird.

Die politische und auch rechtliche Konsequenz aus dieser Forderung ist, dass der Besuch des Kindergartens in diesem Jahr beitragsfrei gestaltet werden muss. Diese Kosten können nicht die Kommunen übernehmen, sie müssen vom Land getragen werden. Hierfür, wie für eine deutliche Ausweitung der U3-Betreuungsplätze, werden wir im Zuge der Haushaltsberatungen eine Finanzierung aufzeigen.

### Die beste Schule für NRW

Gemeinsam mit der Partei arbeiten wir an unserem schulpolitischen Konzept. Wir wollen "Die beste Schule für NRW". Im Herbst dieses Jahres werden dafür Eckpunkte vorgelegt. Um sie vorzubereiten, finden zahlreiche Veranstaltungen und Diskussionsforen statt. Es geht um ein Gesamtkonzept, mit dem Fragen der Qualität, der pädagogischen Ausrichtung und der Schulstruktur gemeinsam behandelt und gelöst werden.

Die Schulpolitik der jetzigen Landesregierung erweist sich dagegen als rückwärtsgewandt und konzeptionslos. Durch den aktuell vorgelegten Entwurf für eine Novelle des Schulgesetzes werden grundlegend falsche Weichenstellungen in der Schulpolitik vorgenommen. Die Gesetzesnovelle ist Ausdruck einer ideologischen und rückwärts gewandten Politik.

### Konzepte für die "Zukunft der Arbeit" entwickeln

Die hohe Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen war und ist unzweifelhaft die schwierigste Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Für die SPD-Fraktion ist es zwingend notwendig, dass neue Konzepte für die Belebung des Arbeitsmarktes und für eine Verbesserung der Ausbildungssituation entwickelt werden. Wir sind auf einem guten Weg. So haben wir etwa zum Thema Ausbildung unter Einbeziehung externer Fachleute eine Arbeitsgruppe gebildet, um gemeinsam mit der Partei Konzepte zu entwickeln, wie die Duale Ausbildung in eine gute Zukunft geführt werden kann. Wir beteiligen uns aktiv an der Diskussion über Mindestlöhne und denkbare Ansätze für Kombilohnmodelle. Zugleich wenden wir uns massiv gegen die Versuche der Landesregierung, Arbeitnehmerrechte zu schleifen. Dieser verantwortungslosen Politik setzen wir unser Konzept von einer solidarischen Gesellschaft entgegen.